

**Bewertung und Einordnung neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen aus der Sicht der Zivilgesellschaft - Bericht im Rahmen der Untersuchungsausschusses - Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen, von Grit Hanneforth, Geschäftsführerin, Kulturbüro Sachsen e.V.**

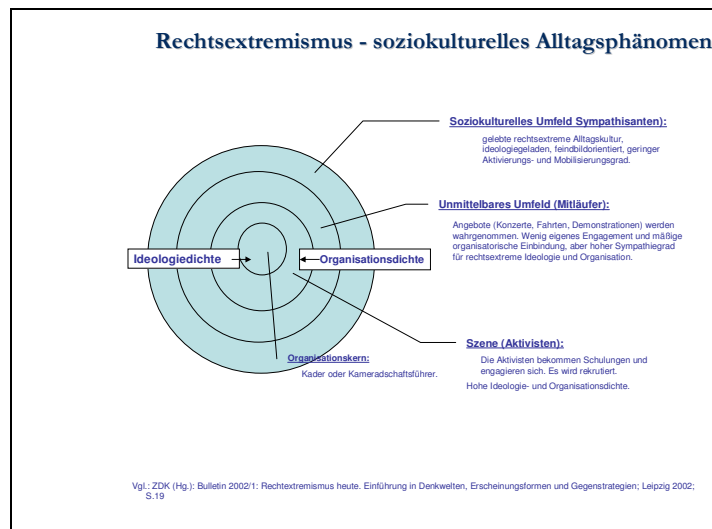
Ich bin eingeladen worden um aus der Perspektive zivilgesellschaftlicher Initiativen zum Beweisantrag ADS 25 im Rahmen des 3. Untersuchungsausschusses zu sprechen.

Der Beweisantrag bezieht sich auf das Aufzeigen von Ursachen, mögl. Fehlern, Versäumnissen, Unterlassungen, Fehleinschätzungen und Falschbewertungen der Staatsregierung, sowie der Sicherheits-, Justiz-, Kommunal- und sonstigen Behörden im Freistaat Sachsen, im Zusammenhang mit dem agieren des NSU.

Kurz zur Einordnung für Sie einige Worte zum Kulturbüro Sachsen: Arbeiten seit 10 Jahren in Sachsen in der Auseinandersetzung mit allen Erscheinungsformen von Neonazismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit vor allem im ländlichen Raum. Wir beraten in kleinen Gemeinden und Mittelstädten und dort die Politik (Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte), Verwaltung, Wirtschaftsunternehmen, Bürgerinitiativen, Kirchgemeinden, Sportvereine, Gewerkschaften, Parteien, Bürgerinitiativen, lokale Gewerbetreibende, etc.

Zur Mobilen Beratungsarbeit gehört bei Zugang zu einem neuen Beratungsfall eine Situationsanalyse, aus der mit potentiellen Partner\_innen passfähige Lösungsansätze entwickelt werden.

Der Schwerpunkt meiner Ausführungen wird sich mit der zivilgesellschaftlichen Perspektive auf die gesellschaftlichen Bedingungen in Sachsen befassen und der Frage nachgehen, inwieweit diese Rahmenbedingungen die Entwicklung von Neonazismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit begünstigen und damit den Nährboden für Rechtsterrorismus bilden.



Von diesem setting gehen wir in der Bewertung der Rahmenbedingungen zur Entstehung von Rechtsterrorismus aus. In der Mitte des Organisationskerns würde sich nach diesem Modell der NSU verorten.

Das Entsetzten das durch Deutschlang ging nach dem 4. November und der Aufdeckung der Mordserie an 9 Kleinunternehmern und einer Polizistin durch den NSU, war stark und das zu Recht. Wo aber war unser Entsetzten und unsere Empathie bei all den anderen Menschen die in den Jahren seit 1989 Opfer von neonazistischer und rassistischer Gewalt geworden sind. Bei den anderen 142 Ermordeten die der Tagesspiegel und die Zeit bis heute dokumentiert haben und ihnen wieder einen Namen, einen Lebens- oder Sterbeort, ein Gesicht und eine Geschichte und damit ein Stück Ihrer Würde zurück gegeben haben. Wo war da unser Entsetzten und unser Mitgefühl in Deutschland und in Sachsen.

Bis heute gibt es 142 rassistische und menscheinfeindliche motivierte Todesfälle in Deutschland seit 1989. Das heißt – alle 56 Tage wird in Deutschland ein Mensch aufgrund seiner Hautfarbe, seiner Herkunft, seiner sexuellen Orientierung, seiner Religion, seiner gesellschaftlichen Stellung, oder seiner politischen Meinung angegriffen und zu Tode gebracht – alle 56 Tage – seit 22 Jahren ist das in unserem Land möglich. Davon gibt es allein in Sachsen 14 Todesfälle.

Deshalb lautet die eigentliche Frage aus der zivilgesellschaftlichen Perspektive: Selbst wenn alle Behörden reibungslos, kommuniziert, ermittelt, ausgewertet hätten, wäre dann ein so unglaublichen Vorgang wie der NSU im Untergrund und 10 ermordete Menschen möglich gewesen?

Reicht der Blick der Beobachtungs- Sicherheits- und Ermittlungsarbeit der Behörden zur Lageeinschätzung Rechtsextremismus und PMK Rex aus, um Entstehungsbedingungen und damit den Nährboden des Rechtsterrorismus zu beschreiben?

Wie blickt staatlichen Handeln auf die zivilgesellschaftliche Perspektive und wie nimmt Zivilgesellschaft staatliches Handeln war?

Ich steige – wenn es um die Frage geht, wie sich gesellschaftlichen Klimas in Sachsen entwickelt hat ein - mit einem Blick auf die Entwicklung der Naziszene in die 90er Jahre ein und versuche das mit den Reaktionen von Behörden, Staat und Zivilgesellschaft an einem Beispiel aus der Jahrtausendwende zu kontrastieren.

Kurz nach dem Mauerfall trafen sich Führungsfiguren des westdeutschen Neonazismus, angeführt von Michael Kühnen , mit Vertretern informeller rechtsextremer Gruppen, die dort schon in den achtziger Jahren entstanden waren. Kühnen, rief Dresden in Anlehnung an die NS Zeit, zur “Hauptstadt der Bewegung“ aus und setzte damit ein Signal Sachsen als Bundesland im Osten zum Vorreiter zu machen. Das wurde in der Szene verstanden und ab Mitte der neunziger Jahre verfolgte die NPD zielstrebig einen „Aufbau Ost in Anlehnung an den von Kühnen 90 entwickelten „Arbeitsplan Ost. Der Parteiverlag Deutsche Stimme wurde ins sächsische

Riesa verlegt, die Bundesgeschäftsstelle der Jugendorganisation JN zog nach Dresden. Damit hatte die Partei im Osten Logistikpunkte geschaffen, von denen aus sie organisieren und publizieren konnte. Rechtsextreme Kader aus der gesamten Bundesrepublik zogen nach Sachsen, aber auch nach Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Schnell fanden sie ideologischen Anschluss bei vor Ort angesehenen Bürgern wie dem Fahrshullehrer Uwe Leichsenring aus Königstein in der Sächsischen Schweiz. Rechtsextreme Gesinnung störte lange Zeit kaum jemanden. Im Gegenteil: in den Dörfern und Kleinstädten waren nicht NPD-Kader und die parteiungebundenen Neonazis das Problem, sondern Leute, die deren Aktivitäten skandalisierten, wurden als Nestbeschmutzer verunglimpft.

So konnten sich, in den 90er Jahren in Sachsen, neonazistische Strukturen, fast ohne Gegenwehr etablieren. Beobachtet von Verfassungsschutz, teils dokumentiert in den jährlichen Berichten, hatten die Nazis nichts zu befürchten, es sei denn sie begingen Straftaten.

Gezielt baute die NPD Querverbindungen zur rechtsextremen Jugendkultur in Jugendclubs und Kameradschaften auf, die in den frühen neunziger Jahren weitgehend ungestört von der Polizei entstehen konnte. So etablierten sich – auch hier ohne Gegenwehr die parteiungebundenen Strukturen der Neonaziszene. Dazu gab es dann z.T. staatliche Unterstützung, wie exemplarisch das Beispiel des NJB Zittau zeigt.

Der Umgang mit dem NJB in Zittau war einer unserer 1. Beratungsfälle in der Mobilien Beratungsarbeit. Wir haben 2001 begonnen. Zu dieser Zeit war der NJB fast 10 Jahre alt und verschiedenste Entwicklungshilfe hat stattgefunden. Das Ergebnis war eine stark etablierte gut vernetzte Kameradschaftsstruktur, die überregional agierte.

1992 hatte die Stadt über ihre Wohnbaugesellschaft dem Nationalen Jugendblock e. V. (NJB), laut Vereinssatzung eine Sammlung "national gesinnter Jugendlicher", ein leer stehendes Haus an der Südstraße 8 überlassen - für 80 Mark Miete. "Damit wussten wir wenigstens, wo sich die Rechten aufhalten", sagt CDU-Oberbürgermeister Jürgen Kloß. Finanzielle Unterstützung für die Skins steuert das Kreisjugendamt mit knapp 1400 Mark bei. Es gab einen »Reparaturzuschuss« von 22000 Mark für das Haus – die Südstrasse 8 - die Stadt setzte sich mit führenden NPD-Mitgliedern an einen »Runden Tisch« und beschäftigte drei Sozialarbeiter, die im Haus der Nazis in der ein- und ausgingen. Im Juni 2002 stimmte der Zittauer Stadtrat für einen Erbbaupachtvertrag mit dem NJB. Erst infolge der bundesweiten Berichterstattung geriet die Stadt in die Kritik und untersagte nach einer Polizeirazzia die weitere Nutzung des Hauses. Bei der Razzia am 27. Juli 2002 im NJB fand die Polizei Luftgewehre sowie Schlag-, Hieb- und Stichwaffen.

Die Entwicklung der Neonazistrukturen um den NJB in Zittau hatte damit eine über 10 jährige Geschichte.

Diese Entwicklung mit staatlicher Unterstützung Förderung (Haus, Geld, Vertrag, Betreuung) brachte regional und lokal vier wesentliche Effekte:

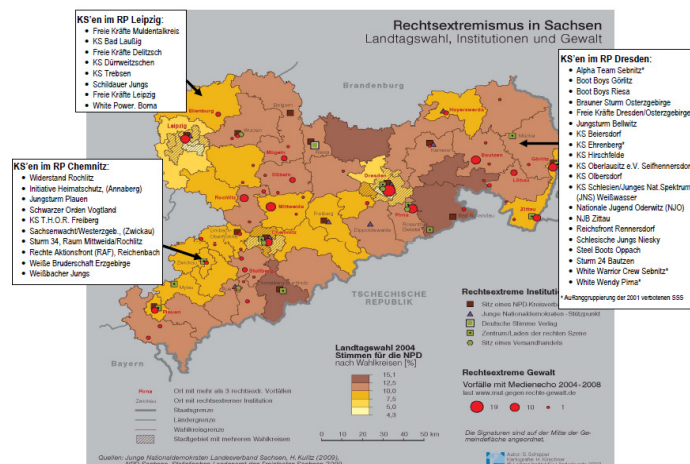
- Zum einen die Stabilisierung der Szene (Treffpunkt, Konzerte, Absprachen, Schießübungen, überregionaler Absprachen, etc.);
- Signale in die Bürgerschaft der Stadt: Wir haben das alles im Griff, der Staat ist Handlungsfähig, ihr braucht Euch damit nicht zu befassen (ein nicht zu unterschätzendes Entlastungsmoment für die Kommunalgemeinschaft mit weitreichenden Folgen);
- Diskussionen zu diesem Thema sind nicht erwünscht, die Stadt und der BM handelt und
- Vierter Punkt mit intensiver Langzeitwirkung ist der Effekt, dass durch diese Strategie Akzeptanz und Duldung von Neonazistrukturen im Ort geschaffen wurde.

Zittau – hier Beispiel für den Strukturaufbau der Naziszene war kein Einzelfall. Zittaus gab es überall in Sachsen. Unterstützt u.a. durch das Bundesaktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt Programm wurde 92-97 versucht den Neonazi sozialarbeiterisch betreut auf andere Gedanken zu bringen.

Aus diesem Geiste der 90er Jahre heraus, verbunden mit den Glauben, dass mit allein staatlichem Handeln (Verfassungsschutz beobachtet, BM haust ein und finanziert, Sozialarbeit im Auftrag der Stadt begleitet) der Königsweg zum Umgang mit Neonazis gefunden wurde, konnte sich in den 90er Jahren eine stabile Neonaziszene mit parteigebundenen und -ungebundenen Strukturen entwickeln, was dann 2009 unterlegt mit den Wahlergebnisse 2004, wie folgt aussah:

## 1. Sächsische Spezialität(en)

38 Kameradschaften (VS: 28 KSen)



**Achtung:** verbotene KSen stellen ihre Tätigkeit nicht ein; (MBTs zählen diese bzw. deren Auffangorganisationen weiter) „nationale Kameradschaften“ sind rechtsextreme Gruppen, die:

- ein eigenes Selbstverständnis / Identität aufweisen (Selbstbezeichnung, Aktivitäten unter einem Label)
- politische Aktionen durchführen (z.B. Demos, Flugblätter/Websites, Infoabende, Gewalt-/Propagandadelikte)
- Organisationsstruktur aufweisen (Post-/eMailadresse, Zielvorgabe, Arbeitsteilung/Hierarchie, reg. Treffen)

Das war das Ergebnis einer Entwicklung in den 90ern, die begleitet wurde von der staatlichen Selbstvergewisserung mit den richtigen Konzepten unterwegs zu sein. Diese Selbstvergewisserung fand ihren traurigen Höhepunkt im Satz von Biedenkopf 2000 fand, das die Sachsen immun gegen Rechtsextremismus seien.

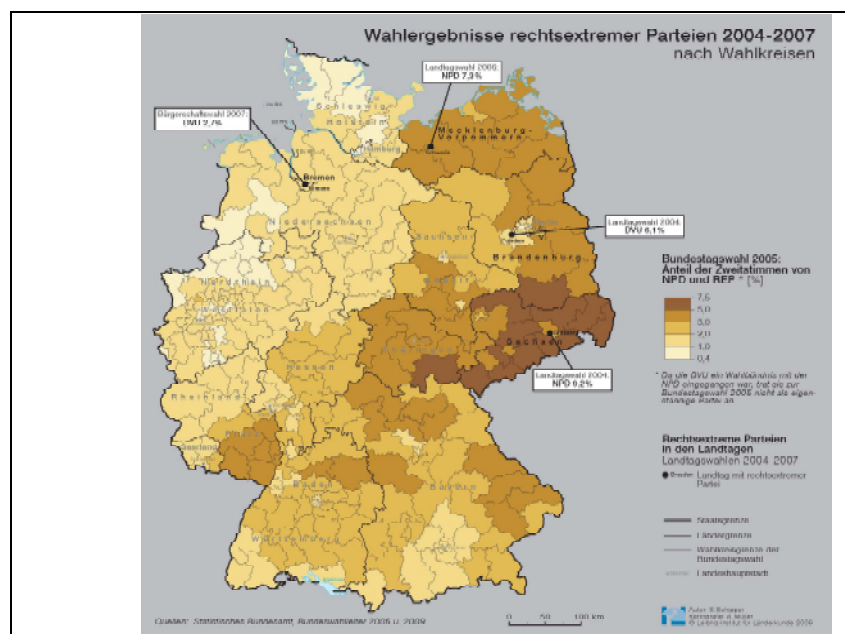
Was an ersten zarten Pflänzchen der Gegenwehr ab Mitte der 90er entstand, hatte es mehr als schwer. Die meist jungen Menschen speisten ihre Handlungsmotivation ausnahmslos aus ihrer eigenen Opfererfahrung – Opfer von Nazigewalt geworden zu sein, von NJB Zittau, der SSS, oder anderen Gruppierungen.

Das Netzwerk für demokratische Kultur in Wurzen, Augen auf in der Oberlausitz, oder die AZP, die als erstes auf Neonazis, deren Strukturen und Verankerungen und deren Dominanz im öffentlichen Raum aufmerksam machten, konnten gewiss sein, dass sie kommunale Gegenwehr erwartet. Ihnen wurde signalisiert, dass ihre Wahrnehmungen und Beschreibungen unerwünscht, weil imageschädigend für die Gemeinde sind – Nestbeschmutzer war neben Linksextremist der gängige Vorwurf.

Diese Gemengelage von:

- partieller staatlicher Wahrnehmung (nur ordnungspolitisch);
- Verschweigen, Verdrängen, Wegsehen Abwehren und Fehleinschätzung bzgl. des erstarkenden Neonazismus, Rassismus;
- den damit einhergehenden Übergriffen und der mangelnden Empathie mit den Opfern und
- eine Schwache Zivilgesellschaft ist die gesellschaftspolitische ist die Ausgangssituation im Jahr 2000.

Die Ergebnisse dieser Versäumnisse wurden in Sachsen und bundesweit öffentlich wahrnehmbar mit dem Ergebnis der Landtagswahlen 2004:





Heute hat die NPD in Sachsen knapp 120 Mandate auf Kommunal, Kreis- und Landtagebene, was immerhin 1/3 aller bundesweiten Mandate entspricht.

Diese Situationsbeschreibungen werfen die Frage auf, ob es tatsächlich ein Zufall war, dass Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe „das Terrortrio aus Thüringen“ (Zitat: MP Sachsen) nach ihrem Abtauchen 2000 erst in Chemnitz und dann in Zwickau (beide Orte in Sachsen) ein unbemerktes Auskommen und offensichtliche Unterstützung bei Banküberfällen und Morden fanden.

Während in den 90ern siehe Zittau noch die These vom eingehausten, betreuten und so beherrschbaren Nazi weit verbreitet war, ist man heute zu großen Teilen davon weg und versucht durch Aufklärung, öffentliche Distanzierung und Ächtung von neonazistischen rassistischen Handeln in der Zivilgesellschaft und in den Medien den Umgang mit Neonazis zu bearbeiten.

Dafür gibt es in Sachsen hervorragende Beispiele für kommunalpolitisches Handeln; wie z.B. Reinhardtsdorf-Schöna, Meerane, Pirna, Bernsdorf, Riesa, u.a. Orten, wo ein offensiver Umgang mit dem Thema erfolgreich war.

Leider ist das auch 22 Jahre nach der Wende und 20 Jahre nach den gescheiterten Versuchen in Zittau noch immer nicht die Hauptrichtung in der Auseinandersetzung mit Nazis und muss täglich von der Zivilgesellschaft neu erkämpft werden. Auch die Sächsische Staatsregierung kann hier durchaus mehr Klarheit und engagiertes Handeln entwickeln.

Das Versagen der Behörden bei der Ermittlung der Untergetauchten NSU Mitglieder und den durch sie verübten Morden muss nach der vorangegangenen Situationsbeschreibung neu bewertet. Es handelt sich wahrscheinlich nicht um eine Verkettung von individuellem und behördlichem Versagen, was vermeidbar gewesen wäre, sondern hier liegt vielmehr eine Art von systemischem Versagen vor, und zwar in der Bewertung der Neonaziszene in Sachsen in den vergangenen 20 Jahren. Die Informationen von vergangenen Freitag, dass wichtige Unterlagen in Behörden, nach der Aufdeckung des NSU dem Reißwolf zum Opfer gefallen sind, stärkt die These von systemischem Versagen.

### **Worin liegt das systemische Versagen?**

Haben staatliche Institutionen die These, dass einzelne parteigebundene und –ungebundene Nazigruppierungen existieren, die mehr oder weniger Vernetzt im Land agieren, sehen sie genau das und beobachte diese.

Gehe man jedoch in der Analyse davon aus, dass eine parteigebundene und ungebundene Neonaziszene für ihre Entstehung und Rekrutierung ein soziokulturelles Umfeld braucht, was von rassistischen und menschenfeindlichen Ressentiments getragen wird und willentlich oder nicht die Szene stützt, aber zumindest Positio-

nen teilt, dann habe ich einen völlig anderen Betrachtungsgegenstand, der mich über die reine Beobachtung hinaus auch befähigt Handlungsansätze, zu entwickeln. Die Dominanz des ersten Ansatz: Beobachtung der Naziszene zwingt staatliche Institutionen gerade zu einem Nichterkennen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, da derzeit andere Analysewerkzeuge zur Situationsbeschreibung in Sachsen aus staatlicher Perspektive nicht existieren. Das führt zu einem Nicht Wahrnehmen von Rassismus und Menschenfeindlichkeit.

Es gibt drei Punkte systemischen Versagens:

- Zum einen ist es der falsche Beobachtungsgegenstand (Es geht nicht um den Nazi, das ist die Spitze des Eisbergs, es geht um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, wie viel Rassismus und Menschenverachtung lässt diese Gesellschaft unwidersprochen zu?, Oder wie wichtig ist uns die Wahrung der Menschenrechte?)
- Zum anderen sind die staatlichen Methoden der Beobachtung und Analyse unzureichend (nur beobachten und dann nicht mal behördenintern ausreichend kommunizieren ist zu wenig) es fehlt aber vor allem an qualitativen Gesellschaftsanalysen in Sachsen, wie Heitmeyer und Brähler und Decker sie für Deutschland erstellt haben. (auch die Evaluation des WOS für ½ Mio. wird den Erkenntnisgewinn an dieser Stelle sehr in Grenzen halten;
- Und zum dritten wird dieses systemische Versagen gestützt durch die Pseudotheorie des Extremismus, die in Sachsen ihre „ideengeschichtliche“ Heimat hat und obwohl sie als Theorie daher kommt, in erster Linie ein ordnungspolitisches Strukturelement ist und als Disziplinierungsmittel für unerwünschte Kritik und politische Meinungen in der Praxis wirkt.

Der allein ordnungspolitisch zentrierte Blick lässt Ausgrenzung, Wegschauen, Verschweigen, Aussitzen, Abwenden, Abtauchen und Schuldverschiebung zu. Behördliche Energie, fließt so in die Abwehr und Unterdrückung von Problemlagen, in die Strafverfolgung nicht in die Lösung oder gar die Prävention.

Hier muss Zivilgesellschaft mit Ihren Analysen und Beschreibungen gehört und Ernst genommen werden. Passiert das nicht hat das eklatante Folgen für das politische Klima und die Sicherheitsarchitektur in der Gemeinde. Ist das Thema „Auseinandersetzung mit Neonazis“ erst mal mit einem öffentlich Bann belegt, das es von Seiten der Meinungsführer als imageschädigend gebrandmarkt wird, orientiert sich nicht nur eine breite Bürger\_innenschaft daran, sondern das hat auch Einfluss auf das handeln staatlicher Behörden. Es misst rassistischen und menschenfeindlichen Ereignissen eine geringere Bedeutung zu, wie wir aus den Ermittlungsrichtungen um die Morde an den Kleinunternehmern sehen können.

**Jede Duldung einer Menschenrechtsverletzung stärkt die Täter und ist ein Angriff auf unsere freiheitliche Gesellschaft und nicht zuletzt auf das Grundgesetz.**

Durch Schweigen - ob gewollt oder nicht – entstehen Anerkennungsstrukturen für Nazis, Rassisten und Menschenfeinde. Um das zu verhindern, brauchen wir für eine funktionierende Sicherheitsarchitektur in Sachsen eine starke, politische, transparente und kreative Zivilgesellschaft und ein eben solches staatliches Handeln. Er ist gerade jetzt im Zusammenhang mit der Aufarbeitung von Versäumnissen und Versagen bei der Ausdeckung von NSU und der Aufklärung der 10 Morde mehr als notwendig, sich für die Menschenrechte stark zu machen auch und gerade in Sachsen.

Es ist nicht leicht alte Reflexe zu verlassen und neue Diskussionskulturen einzuüben, aber vielleicht kann über diesem Versuch, das diesjährige Motto der Landeszentrale für politische Bildung stehe: **Lasst uns streiten.**